

Praxiskommentar Beschäftigung und selbstständige Tätigkeit

Kainz

2022

ISBN 978-3-406-78848-2

C.H.BECK

schnell und portofrei erhältlich bei

beck-shop.de

Die Online-Fachbuchhandlung beck-shop.de steht für Kompetenz aus Tradition. Sie gründet auf über 250 Jahre juristische Fachbuch-Erfahrung durch die Verlage C.H.BECK und Franz Vahlen.

beck-shop.de hält Fachinformationen in allen gängigen Medienformaten bereit: über 12 Millionen Bücher, eBooks, Loseblattwerke, Zeitschriften, DVDs, Online-Datenbanken und Seminare. Besonders geschätzt wird beck-shop.de für sein

umfassendes Spezialsortiment im Bereich Recht, Steuern und Wirtschaft mit rund 700.000 lieferbaren Fachbuchtiteln.

Kainz
Praxiskommentar Beschäftigung
und selbstständige Tätigkeit


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Praxiskommentar Beschäftigung und selbstständige Tätigkeit

Kommentar zu §§ 7–13 SGB IV

Herausgegeben von

Willi Johannes Kainz

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht

Bearbeitet von

Oliver Chama

Richter am Amtsgericht, Dipl.-Kfm. (Univ.)

Dr. Anja Katharina Euler

Rechtsanwältin und Fachanwältin für Arbeitsrecht

Willi Johannes Kainz

Vorsitzender Richter am Landessozialgericht

Dr. Barbara Klopstock LL.M.

Ministerialrätin am Bayerisches Staatsministerium
für Familie, Arbeit und Soziales

Eva Veiglhuber

Richterin am Landessozialgericht

2022



Zitiervorschlag:
Kainz Praxiskommentar/Bearbeiter § ... Rn. ...


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

www.beck.de

ISBN 978 3 406 78848 2

© Verlag C. H. Beck oHG
Wilhelmstraße 9, 80801 München
Druck: Beltz Grafische Betriebe GmbH
Am Fliegerhorst 8, 99947 Bad Langensalza

Satz und Umschlaggestaltung: Druckerei C. H. Beck Nördlingen


chbeck.de/nachhaltig

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier
(hergestellt aus chlorfrei gebleichtem Zellstoff)

Vorwort

Das Beschäftigungsverhältnis ist in allen Bereichen der Sozialversicherung der wichtigste Zugang zur sozialen Absicherung in Deutschland. Durch dieses Werk soll die Frage der Beschäftigung im sozialversicherungsrechtlichen Sinn geklärt werden. Dabei wird insbesondere aber auch die arbeitsrechtliche Gestaltung umfassend dargestellt. Nicht zuletzt werden wichtige Bezüge zum Steuer- und Strafrecht aufgenommen. Besondere Bedeutung kommt dabei der Abgrenzung zur selbstständigen Tätigkeit zu.

Zweck der Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung ist es einerseits den Arbeitgebern und Arbeitnehmern bei kurzfristigen oder auch nur entgeltgeringfügigen Beschäftigungen einen vereinfachten Zugang zur Sozialversicherung zu schaffen. Aufgrund der Komplexität der Regelungen zur geringfügigen Beschäftigung (§§ 8 und 8a SGB IV) wurde dieses Ziel insbesondere auch durch die immer wieder angestrebte Einzelfallgerechtigkeit offensichtlich verfehlt. Gerade hier wäre dringender Handlungsbedarf. Die Geringfügigkeitsrichtlinien umfassen mittlerweile 160 Seiten. Ein Kleinunternehmer, der gerade ein Startup gegründet hat und versucht sich auf dem Markt zu etablieren ist, wenn er nicht gerade aus dem rechts- oder steuerberatenden Bereich kommt, schlichtweg überfordert. Damit verbunden sind jedoch erhebliche finanzielle und auch strafrechtliche Folgen. Es wurde noch das Gesetz zur Erhöhung des Schutzes durch den gesetzlichen Mindestlohn und zu Änderungen im Bereich der geringfügigen Beschäftigung (BGBl. I, 2022; S. 969 ff.) eingearbeitet.

„Arbeiten 4.0“ beschreibt die Arbeitswelt im vernetzten und digitalen Zeitalter. Eine ungeheure Dynamik des „Home Office“ hat die Covid-19-Pandemie ausgelöst. Hierdurch werden auch die klassischen Abgrenzungsmerkmale zwischen einer selbstständigen Tätigkeit und einer Tätigkeit in einem abhängigen Beschäftigungsverhältnis immer stärker aufgelöst. Diesen Fragen möchte sich insbesondere auch das vorliegende Werk widmen.

Aber auch die Politik ist insoweit aufgerufen, nicht nur von der Vereinfachung der Gesetzgebung zu sprechen, sondern hierfür auch vernünftige Konzepte zu finden. Dabei muss im Interesse der „Benutzerfreundlichkeit“ – insbesondere für Arbeitnehmer und Arbeitgeber – (wieder) gewagt werden, klare und nachvollziehbare Regelungen zu schaffen. Vordergründig mögen dadurch Einzelfälle nicht erfasst werden, verliert man jedoch das große Ganze nicht aus den Augen, so wird durch eine bessere Nachvollziehbarkeit der Regelungen ein mehr an Gerechtigkeit geschaffen. So soll bspw. auch der Bereich der geringfügigen Beschäftigung einen vereinfachten Zugang im Niedriglohnbereich ermöglichen. Es sollten auch Arbeitsanreize durch verminderte Beitragslasten geschaffen werden. In der Neufassung des § 7a SGB IV wurden bereits einige Anregungen der verschiedenen Betroffenen berücksichtigt. Dieses Änderungsgesetz wurde in der Kommentierung berücksichtigt.

Bis der Gesetzgeber allerdings im Übrigen die hehren Ziele umsetzt, soll dieser Kommentar einen Beitrag zur besseren Nachvollziehbarkeit der komplexen Regelungen der Beschäftigung leisten.

Chama, Dr. Euler, Kainz, Dr. Klopstock, Veiglhuber

im Juli 2022

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsübersicht

1. Teil. Praxiskommentar

§ 7 Beschäftigung	1
§ 7a SGB IV Feststellung des Erwerbsstatus	72
§ 7a	74
§ 7b SGB IV Wertguthabenvereinbarung	122
§ 7c SGB IV Verwendung von Wertguthaben	135
§ 7d SGB IV Führung und Verwaltung von Wertguthaben	142
§ 7e SGB IV Insolvenzschutz	147
§ 7f SGB IV Übertragung von Wertguthaben	156
§ 8 geringfügige Beschäftigung	162
§ 8 Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit; Geringfügigkeitsgrenze	163
§ 8a Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten	233
§ 9 Beschäftigungsort	242
§ 10 Beschäftigungsort für besondere Personengruppen	250
§ 11 Tätigkeitsort	254
§ 12 Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter und Zwischenmeister	258
§ 13 Reeder, Seeleute und deutsche Seeschiffe	269

2. Teil. Praxishilfen

A. Prüfungsschema: Beschäftigungsverhältnis (§ 7a SGB IV)	277
B. Alphabetische Liste der Berufsgruppen	280
C. Prozessuales	285
D. Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten	293
E. Rechtsschutz im Steuerrecht	300
F. Strafverfahren mit Bezug zu §§ 7 ff. SGB IV	307
G. Das Homeoffice im Arbeitsrecht	342

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Inhaltsverzeichnis

1. Teil. Praxiskommentar

§ 7 Beschäftigung	1
A. Basisinformationen	3
I. Geltende Fassung	3
II. Normzweck	4
III. Aufbau	4
B. Regulatorisches Umfeld	5
I. Melde-, Beitrags- und Aufzeichnungsrecht	5
1. Meldepflichten	5
2. Beitragspflichten	5
3. Aufzeichnungspflichten	6
II. Betriebsprüfungsrecht	6
1. Beitragsnachzahlung	6
2. Säumniszuschläge	6
III. Arbeitsrecht	7
1. Allgemeines	7
2. Anwendbare Rechtsnormen auf Arbeitsverhältnisse	8
3. Das Arbeitsverhältnis	8
IV. Politische Überlegungen zu einer allgemeinen Altersvorsorgepflicht	9
V. Europarecht	10
VI. Steuerrecht	11
1. Die Bedeutung der Lohnsteuer im Einkommensteuerrecht	11
2. Der Arbeitnehmer im Einkommensteuerrecht	12
3. Der Arbeitgeber im Einkommensteuerrecht	13
4. Der Arbeitslohn	13
5. Entstehung und Bemessung der Lohnsteuer	14
6. Lohnsteueranmeldung und Verfahren	15
VII. Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht	17
C. Beschäftigtenbegriff (Abs. 1)	18
I. Nichtselbständige Arbeit	18
1. Beschäftigung im Rahmen eines Arbeitsverhältnisses	19
2. Beschäftigung im Rahmen einer sonstigen nichtselbständigen Tätigkeit	21
II. Allgemeine Abgrenzungskriterien	22
1. Arbeitsrecht	22
a) Weisungsgebundene Tätigkeit	22
b) Fremdbestimmtheit	24
c) Gesamtwürdigung aller Umstände/weitere Kriterien	25
2. Sozialrecht	25
a) Gesetzliche Anhaltspunkte	26
b) Weitere Indizien	27
c) Gesamtabwägung	34
III. Spezielle Abgrenzungsfragen	35
1. Handelsvertreter	35
2. Beschäftigungsverhältnisse in juristischen Personen	36
a) Arbeitsrechtliche Grundsätze	36
b) Sozialrechtliche Grundsätze	39
3. Ärzte und Pflegekräfte	42
a) Übersicht zum Status der Ärzte	43
b) Übersicht zum Status der Pflegepersonen	44

Inhaltsverzeichnis

4. Beschäftigungsverhältnisse zwischen Angehörigen	46
a) Arbeitsrecht	46
b) Sozialrecht	46
5. Ehrenamt	47
a) Juristische Personen	47
b) Verein	48
6. Sport	48
a) Arbeitsrechtliche Rechtsprechung	48
b) Sozialrechtliche Rechtsprechung	50
7. Behindertenwerkstätten	51
8. Arbeitnehmerüberlassung	51
a) Arbeitsrechtliche Grundlagen	51
9. Plattformbasierte Erwerbstätigkeit	55
a) Regulierungsbemühungen der EU	55
b) Arbeitsrechtliche Einordnung	57
c) Sozialversicherungsrechtliche Einordnung	61
IV. Verwaltungsvorschriften	62
D. Fiktive Beschäftigung – Abs. 1 lit. a	63
I. Freistellung aufgrund von Wertguthaben	63
1. Freistellungsbegriff	63
2. Höhe des Arbeitsentgelts (Abs. 1a S. 1 Nr. 2)	63
3. Freistellung am Beginn des Beschäftigungsverhältnisses (Abs. 1a S. 3)	63
4. Vorzeitige Beendigung des Beschäftigungsverhältnisses (Abs. 1a S. 4)	64
5. Störfall (Abs. 1a S. 5)	64
6. Übertragung von Wertgutachten (Abs. 1a S. 6)	64
7. Ost-West-Trennung	64
II. Freistellung bei Flexibilisierung ohne Wertguthaben (Abs. 1a S. 2)	64
E. Kündigungsschutz – Abs. 1 lit. b	66
F. Berufsbildung – Abs. 2	66
I. Betriebliche Berufsbildung	66
II. Duale Ausbildung	67
III. Studium	68
IV. Praktikanten	68
V. Verwaltungsvorschriften	69
G. Fortbestehen der Beschäftigung – Abs. 3	69
I. Wirkung der Fiktion	69
II. Ausschluss der Fiktion	70
H. Illegale Beschäftigung – Abs. 4	70
I. Anwendungsbereich	71
II. Ausländer	71
III. Fiktionswirkung	72
§ 7a SGB IV Feststellung des Erwerbsstatus	72
A. Gesetzeshistorie	76
B. Basisinformation	77
I. Allgemeines	77
II. Statistik	77
III. Änderungsvorschläge	78
C. Überblick Neufassung des § 7a Abs. 1, 2, 4 bis 7 ab 1.4.2022 bis 30.6.2027	79
I. Allgemeines	79
II. Feststellung des Erwerbsstatus, § 7a Abs. 1 SGB IV	80
III. Dreiecksverhältnisse, § 7a Abs. 2 SGB IV	82
IV. Anhörung, § 7a Abs. 4 S. 1 SGB IV	85
V. Prognoseentscheidung und Gruppenfeststellung, § 7a Abs. 4a und b IV	85
1. Prognoseentscheidung, § 7a Abs. 4a SGB IV	85
2. Gruppenfeststellung, § 7a Abs. 4b und 4c SGB IV	87
VI. Aufschub der Versicherungspflicht, § 7a Abs. 5 SGB IV	90
VII. Beantragung einer mündlichen Anhörung im Widerspruchsverfahren, § 7a Abs. 6 SGB IV	91

Inhaltsverzeichnis

VIII. Evaluierung, § 7a Abs. 7 SGB IV	91
IX. Feststellungsinteresse zum Erwerbsstatus, § 55 Abs. 3 SGG	92
X. Anmerkungen zum neuen Recht	92
1. Stellungnahme der DRV Bund	92
2. Stellungnahme des DGB	94
3. Kritik der Verbände freier Selbstständiger	94
XI. Gemeinsames Rundschreiben	94
XII. Keine Elementenfeststellung bis 31.3.2022	95
XIII. Feststellung von Versicherungspflicht zu den einzelnen Zweigen der Sozialversicherung nach der Rechtslage bis zum 31.3.2022	96
1. Kranken- und Pflegeversicherung (SGB V, SGB XI)	97
2. Rentenversicherung (SGB VI)	97
3. Recht der Arbeitsförderung (SGB III)	98
D. Regulatorisches Umfeld	98
I. Melde- und Beitragsrecht	98
II. Steuerrecht	99
1. Auswirkungen des Anfrageverfahrens im Steuerrecht	99
a) Auswirkungen auf die Umsatzsteuer	100
b) Auswirkungen auf die Lohnsteuer	100
2. Die lohnsteuerliche Anrufungsauskunft	101
III. Strafrecht	102
IV. Schadensersatzrechte	102
E. Zuständigkeit (Abs. 1)	103
I. Vorrangigkeit bzw. Sperrwirkung	103
1. Betriebsprüfung	103
2. Einzugsstelle	105
3. Minijobzentrale	107
4. Künstlersozialkasse	107
5. Entscheidung nach § 2 SGB VI	107
6. Bundesagentur für Arbeit	108
7. Unfallversicherung	108
F. Beginn des Statusfeststellungsverfahrens	108
I. Optionales Anfrageverfahren (Abs. 1 S. 1)	108
1. Beteiligte	109
2. Gemeinsames Rundschreiben der Spitzenorganisationen der Sozialversicherung	111
II. Obligatorisches Anfrageverfahren (Abs. 1 S. 2)	111
G. Verfahrensregelungen (Abs 2 bis 5)	113
H. Aufschiebung der Versicherungspflicht (Abs 5 nF, Abs. 6 aF)	114
I. Antragstellung binnen eines Monats	115
II. Zustimmung des Arbeitnehmers	115
III. Absicherung gegen das Risiko bei Krankheit und zur Altersvorsorge	116
1. Krankenversicherung	116
2. Altersvorsorge	117
IV. Kein Aufschiebung bei obligatorischem Anfrageverfahren	119
I. Aufschiebende Wirkung (Abs. 6 n. F. bzw. 7a.F.)	119
J. Widerspruch und Klageverfahren	120
I. Widerspruchsverfahren	120
II. Klageverfahren	120
1. Beiladung und unterschiedliche örtliche Zuständigkeiten	121
2. Streitwert und Kostenentscheidungen	121
a) Kosten	121
b) Gerichtskosten	121
c) Streitwert	121
III. Statistik zu den Rechtsbehelfen/-mittel	121
K. Umsetzung der bindenden Verwaltungsakte der Clearingstelle	122

Inhaltsverzeichnis

§ 7b SGB IV Wertguthabenvereinbarung	122
A. Gesetzeshistorie	123
B. Allgemeines/Gesetzeszweck	123
C. Voraussetzungen für eine Wertguthabenvereinbarung	124
I. Schriftliche Vereinbarung (Nr. 1)	124
II. Vertragsziel (Nr. 2)	125
III. Arbeitsentgelt aus erbrachter Arbeitsleistung (Nr. 3) und Freistellung oder Verringerung der vertraglich vereinbarten Arbeitszeit (Nr. 4)	126
IV. Höhe des Arbeitsentgelts, geringfügige Beschäftigung (Nr. 5)	128
D. Regelungszusammenhang	129
I. Beitragszahlung, Steuerliche Behandlung	129
II. Auswirkungen auf Sozialleistungen	131
1. Krankengeld	132
2. Arbeitslosengeld	132
3. SGB II	132
4. Kurzarbeitergeld	133
5. Elterngeld	133
6. Familien-/Pflegezeit	133
7. Rente und Versorgungsausgleich	133
a) Rente	133
b) Versorgungsausgleich	134
III. Rechtsweg zu den Sozialgerichten	134
IV. Mustervereinbarungen	135
V. Steuerrecht	135
§ 7c SGB IV Verwendung von Wertguthaben	135
A. Gesetzeshistorie	136
B. Allgemeines/Gesetzeszweck	136
C. Verwendung von Wertguthaben	137
I. Gesetzliche Regelungen (Abs. 1 Nr. 1)	137
1. Pflegezeit- und Familienpflegezeitgesetz	138
2. Elternzeitgesetz	139
3. Teilzeit- und Befristungsgesetz	139
II. Vertragliche Regelungen (Abs. 1 Nr. 2)	140
III. Vereinbarungen zur Beschränkung (Abs. 2)	140
D. Verbeitragung/Störfall	141
E. Einkommensteuer	142
§ 7d SGB IV Führung und Verwaltung von Wertguthaben	142
A. Gesetzeshistorie	142
B. Allgemeines/Gesetzeszweck	142
C. Führen der Wertguthaben (Abs. 1)	143
D. Information der Beschäftigten (Abs. 2)	144
E. Anlage der Wertguthaben (Abs. 3)	144
F. Bestandsschutz	145
G. Durchsetzung der Ansprüche des Arbeitnehmers	146
H. Weiterführende Informationen	146
§ 7e SGB IV Insolvenzschutz	147
A. Gesetzeshistorie	148
B. Allgemeines/Gesetzeszweck	148
C. Umsetzung in der Praxis	149
D. Insolvenzschutz (Abs. 1)	149
E. Führung durch einen Dritten und ungeeignete Maßnahmen (Abs. 2 und 3)	150
I. Treuhand	151
II. Versicherung	152
III. Verpfändung oder Bürgschaft	152
IV. Ungeeignete Maßnahmen	152
F. Information der Beschäftigten (Abs. 4)	153
G. Rechte des Beschäftigten (Abs. 5)	153
H. Betriebsprüfungsverfahren (Abs. 6)	153

Inhaltsverzeichnis

I. Haftung des Arbeitgebers (Abs. 7)	154
J. Beendigung, Auflösung, Kündigung (Abs. 8)	155
K. Ausnahme für öffentliche Arbeitgeber (Abs. 9)	155
§ 7f SGB IV Übertragung von Wertguthaben	156
A. Gesetzeshistorie	156
B. Allgemeines/Gesetzeszweck	157
C. Übertragung bei Ende der Beschäftigung (Abs. 1)	157
I. Übertragung auf den neuen Arbeitgeber	157
II. Übertragung auf die Deutsche Rentenversicherung Bund	158
D. Nutzung des auf die Rentenversicherung Bund übertragenen Wertguthabens (Abs. 2)	159
E. Verwaltung des Wertguthabens durch die Deutsche Rentenversicherung Bund (Abs. 3)	159
F. Auswirkungen auf die Einkommensteuer	160
G. Prozessrechtliche Fragen	160
I. Sozialgerichtsbarkeit	160
II. Finanzgerichtsbarkeit	162
§ 8 geringfügige Beschäftigung (Fassung bis 30.9.2022)	162
§ 8 Geringfügige Beschäftigung und geringfügige selbständige Tätigkeit; Geringfügigkeitsgrenze (Fassung ab 1.10.2022)	163
A. Basisinformationen	165
I. Entstehungsgeschichte	165
1. Historische Entwicklung	165
2. Neufassung zum 1.10.2022	167
II. Einführung und Überblick	167
III. Statistik	169
IV. Sozialpolitische Begründung	169
V. Kritik	171
VI. Regulatorisches Umfeld	173
1. Besonderheiten bei geringfügiger Beschäftigung im privaten Haushalt	173
2. Die geringfügige Beschäftigung im Arbeitsrecht	173
a) Allgemeines	173
b) Gleichbehandlungsgrundsatz	174
c) Arbeitsvertrag	175
d) Gesetzlicher Mindestlohn	176
e) Urlaubsansprüche	176
f) Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall und an Feiertagen	177
g) Arbeitszeitverkürzung und Arbeitszeitverlängerung	177
h) Kündigungsschutz	177
3. EU- und EWR-Bezug	179
4. Steuerliche Bedeutung	179
5. Strafrechtliche Aspekte	182
6. Vereinbarungen der Spitzenverbände und sonstige Verwaltungsanweisungen	182
B. Geringfügigkeitsgrenze nach Abs. 1a	182
C. Geringfügige Beschäftigung nach Abs. 1	183
I. Abgrenzung Entgeltgeringfügigkeit und Zeitgeringfügigkeit	183
II. Entgeltgeringfügigkeit nach Abs. 1 Nr. 1	183
1. Arbeitsentgelt	184
a) Der Begriff des Arbeitsentgelts	184
b) Mindestlohn	185
c) Sozialversicherungsrechtliche Abgrenzungsprobleme beim Arbeitsentgelt	188
d) Einmalzahlungen	190
2. Einhaltung der Geringfügigkeitsgrenze	193
3. Schwankendes Arbeitsentgelt	193
a) Betriebliche Altersversorgung	194
b) Steuerfreie Aufwandsentschädigungen	194
4. Regelmäßige Beschäftigung	195

Inhaltsverzeichnis

5. Überschreiten der Arbeitsentgeltgrenze	195
6. Prognoseentscheidung	196
7. Bestandsschutzregelung nach § 8 Abs. 1b SGB IV nF	197
III. Zeitgeringfügigkeit nach Abs. 1 Nr. 2	197
1. Dauer der Beschäftigung	198
a) Vertragliche Regelung zur Begrenzung der Dauer	198
b) Zeitliche Beschränkung „nach ihrer Eigenart“	201
c) Nur gelegentliche, nicht regelmäßige Beschäftigung	201
2. Drei-Monatszeitraum oder 70 Arbeitstage	202
3. Berufsmäßigkeit und negative Tatbestandsmerkmale	203
4. Prognoseentscheidung/Beurteilungszeit	206
5. Vorübergehende Erhöhung der Zeitgrenzen kurzfristige Beschäftigungen vom 1. März 2020 bzw. 2021 bis 31. Oktober 2020 bzw. 2021	206
D. Zusammenrechnung mehrerer Beschäftigungen – Abs. 2	207
I. Überblick	207
II. Zusammenrechnung mehrerer geringfügig entlohnter Beschäftigungen – Abs. 2 S. 1	208
III. Zusammenrechnung kurzfristiger Beschäftigungen	212
IV. Mehrere Beschäftigungsverhältnisse beim selben Arbeitgeber	213
V. Besonderheiten der Zusammenrechnung in den verschiedenen Zweigen der Sozialversicherung	214
VI. Beschäftigungsverhältnis und selbstständige Tätigkeit bei demselben Arbeitgeber	214
VII. Prognoseentscheidung – Abs. 2 S. 2	215
VIII. Amnestieregelung – Abs. 2 S. 3	215
IX. Verschulden des Arbeitgebers – Abs. 2 S. 4	216
E. Selbstständige Tätigkeit – Abs. 3	217
F. Versicherungsrechtliche Auswirkungen in den verschiedenen Bereichen der Sozialversicherung	218
I. Arbeitsförderungsrecht	219
II. Gesetzliche Rentenversicherung	220
1. Versicherungspflicht ab 1.1.2013	220
2. Befreiungsantrag	220
3. Geringfügig entlohnte Tätigkeit bis zum 31.12.2012 aufgenommen	221
4. Zeitgeringfügige Beschäftigung	221
III. Gesetzliche Kranken- und Pflegeversicherung	222
IV. Unfallversicherung	222
V. Weitere Tatbestände der Versicherungspflicht	223
G. Beitrags- und melderechtliche Verpflichtungen des Arbeitgebers	223
I. Melderecht	223
II. Beitragsrecht	225
1. Arbeitsförderungsrecht	226
2. Beiträge in der gesetzlichen Rentenversicherung	226
3. Beiträge zur gesetzlichen Krankenversicherung	227
4. Gleitzone nregelung	228
III. Ausgleich der Arbeitgeberaufwendungen	228
IV. Umlage für das Insolvenzgeld	229
V. Mitwirkungspflichten des Arbeitnehmers	229
VI. Entgeltunterlagen	229
VII. Arbeitnehmer aus einem EU-/EWR-Mitgliedstaat der Schweiz oder dem sonstigen Ausland	230
H. Einzelfälle:	230
I. Verfahrensrechtliche Hinweise	231
I. Zuständigkeit	231
II. Entscheidung der Einzugsstelle	232
III. Beweislast	232

Inhaltsverzeichnis

§ 8a Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten	233
A. Basisinformationen	233
I. Überblick	233
II. Einführung	234
III. Verwaltungsvorschriften	237
B. Geringfügige Beschäftigung in Privathaushalten – § 8a S. 1 SGB IV	237
C. Legaldefinition der geringfügigen Beschäftigung in Privathaushalten – § 8a S. 2 SGB IV	237
I. Privathaushalt	237
II. Haushaltstypische Tätigkeit	238
III. Erledigung gewöhnlich durch Mitglieder des privaten Haushalts	239
IV. Geringfügig entlohnte Beschäftigungen in Privathaushalten	239
V. Kurzfristige Beschäftigungen	239
VI. Abgaberechtliche Fragestellungen	239
1. Meldung – Haushaltsscheckverfahren	239
2. Beitragsrecht Sozialversicherungsrechtliche Auswirkungen und niedrigere Pauschalbeiträge	240
3. Entgeltfortzahlung und Zulagepflicht nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz	241
4. Gesetzliche Unfallversicherung	241
5. Steuerrecht	241
6. Strafrecht und Ordnungswidrigkeiten	242
§ 9 Beschäftigungsort	242
A. Basisinformationen	243
I. Überblick	243
II. Entstehungsgeschichte	244
B. Regulatorisches Umfeld	245
I. Arbeitsrecht	245
II. Europarecht und supranationales Recht	246
III. Verfahrensrechtliche Bedeutung	246
IV. Steuerliche Bedeutung des Beschäftigungsortes	246
C. Regelfall – § 9 Abs. 1 SGB IV	247
D. Feste Arbeitsstätte – § 9 Abs. 2 SGB IV	247
I. Gelegentliche Beschäftigung außerhalb der Arbeitsstätte (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 SGB IV)	248
II. Ständige Beschäftigung außerhalb einer festen Arbeitsstätte (§ 9 Abs. 2 Nr. 2 Nr. 2)	248
E. Tätigkeit an mehreren Arbeitsstätten eines Arbeitgebers Abs. 3	248
F. Beschäftigung in mehreren Gemeinden (Abs. 4)	249
G. Fiktion bei Unternehmen ohne feste Arbeitsstätte (Abs. 5)	249
H. Beschäftigungsort im Falle einer Ausstrahlung im Sinne des § 4 SGB IV (Abs. 6) ..	250
I. Zusammentreffen mit über- oder zwischen staatlichem Recht (Abs. 7)	250
§ 10 Beschäftigungsort für besondere Personengruppen	250
A. Basisinformationen	250
I. Entstehungsgeschichte	250
II. Gesetzssystematik	251
B. Freiwilliges soziales oder ökologisches Jahr (§ 10 Abs. 1 SGB IV)	251
C. Entwicklungshilfe (Abs. 2)	252
I. Begriff des Entwicklungshelfers	252
II. Beschäftigungsort für auf Antrag im Ausland versicherte Personen (§ 10 Abs. 2 S. 2 SGB IV)	253
D. Seeleute (Abs. 3)	253
§ 11 Tätigkeitsort	254
A. Basisinformationen	254
I. Geltende Fassung	254
II. Normzweck	254
B. Selbstständige Tätigkeit	254
C. Entsprechende Anwendung der Vorschriften über den Beschäftigungsort – (Abs. 1) ..	255
	XV

Inhaltsverzeichnis

D. Wohnsitz als Tätigkeitsort (Abs. 2)	256
E. Selbstständige Künstler im Ausland	257
§ 12 Hausgewerbetreibende, Heimarbeiter und Zwischenmeister	258
A. Basisinformationen	258
I. Geltende Fassung	258
II. Normzweck	258
III. Aufbau	259
B. Hausgewerbetreibende – Abs. 1	259
C. Heimarbeiter – Abs. 2	261
D. Arbeitgeber und Auftraggeber – Abs. 3	262
I. Melde- und Beitragspflichten des Gesamtsozialversicherungsbeitrags	262
II. Beitragspflicht in der Unfallversicherung	263
E. Zwischenmeister – Abs. 4	264
F. Gleichgestellte – Abs. 5	264
G. Arbeitsrechtliche Abgrenzung	265
I. Heimarbeiter gem. § 2 Abs. 1 HAG	265
II. Hausgewerbetreibende gem. § 2 Abs. 2 HAG	267
III. Gleichgestellte gem. § 1 Abs. 2 HAG	268
IV. Zwischenmeister gem. § 2 Abs. 3 HAG	268
V. Arbeitsrechtliche Schutzregelungen	268
§ 13 Reeder, Seeleute und deutsche Seeschiffe	269
A. Basisinformationen	270
B. Regulatorisches Umfeld. Arbeitsrecht	270
C. Reeder, Seeleute und Gleichgestellte	271
I. Reeder – (Abs. 1 S. 1)	271
1. Begriff	271
2. Verpflichtungen in der gesetzlichen Krankenversicherung	272
3. Auswirkungen in der gesetzlichen Unfallversicherung	272
II. Seeleute – (Abs. 2)	272
1. Beschäftigungsort für Seeleute	274
2. Besonderheiten in der Sozialversicherung	274
3. Nicht-deutsche Besatzungsmitglieder	274
D. Deutsche Seeschiffe Abs. 3	274
2. Teil. Praxishilfen	
A. Prüfungsschema: Beschäftigungsverhältnis (§ 7a SGB IV)	277
B. Alphabetische Liste der Berufsgruppen	280
C. Prozessuales	285
I. Rechtsweg zu den Sozialgerichten	285
Örtliche Zuständigkeiten	285
Klageverfahren	286
Beiladung	286
Streitwert und Kostenentscheidungen	287
Kosten	287
Streitwert	287
Gerichtskosten	288
II. § 28p SGB IV Betriebsprüfung	289
III. Der Antrag auf Aussetzung der Vollziehung bei der Einzugsstelle	289
IV. Der Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung beim Sozialgericht	289
V. Klage zum Sozialgericht	290
VI. Rechtsschutz gegen Säumniszuschläge	290
VII. Streitwert	290
VIII. Muster-Schriftsätze	291
1. Formlose Klageerhebung mit Antrag auf Akteneinsicht	291
2. Berufungseinlegung zur Fristwahrung	292
3. Eilrechtsschutz – Antrag auf Anordnung der aufschiebenden Wirkung	292

Inhaltsverzeichnis

D. Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten	293
I. Zuständigkeit der Arbeitsgerichte	293
1. Bürgerliche Rechtsstreitigkeiten zwischen Arbeitnehmer und Arbeitgeber	293
2. Heimarbeiter und arbeitnehmerähnliche Personen	293
3. Gesetzliche Vertreter	295
II. Klageverfahren/Klageanträge	296
1. Statusklage nach § 256 Abs. 1 ZPO	296
2. Muster: Statusklage	297
3. Klage auf Rückforderung von Honoraren bei nachträglicher Feststellung der Arbeitnehmereigenschaft	297
a) Anspruchsgrundlage § 812 Abs. 1 S. 1 1 Alt. BGB	297
b) Muster: Befristungskontrollklage	299
E. Rechtsschutz im Steuerrecht	300
I. Das Einspruchsverfahren	300
1. Wirkung des Einspruchs	300
2. Zulässigkeit (§ 358 AO)	300
a) Statthaftigkeit	300
b) Form	300
c) Frist	301
d) Beschwer	301
e) Einspruchsbefugnis	301
f) Allgemeines Rechtsschutzbedürfnis	301
3. Begründetheit	301
a) Formelle Rechtswidrigkeit	301
b) Materielle Rechtswidrigkeit	301
c) Änderungsbescheide	301
d) Folgebescheide	302
4. Rechtsverletzung	302
5. Entscheidung der Finanzbehörde	302
6. Einstweiliger Rechtsschutz	302
II. Die Klage vor dem Finanzgericht	302
1. Verfahrensgrundsätze	302
2. Dispositionsmaxime	302
3. Untersuchungsgrundsatz	303
4. Beschleunigungsgrundsatz	303
5. Mündlichkeitsgrundsatz	303
6. Grundsatz des rechtlichen Gehörs	303
7. Grundsatz der freien richterlichen Beweiswürdigung	303
8. Grundsatz der Öffentlichkeit	304
III. Die finanzgerichtliche Klage	304
1. Die Zulässigkeit	304
a) Finanzrechtsweg und Zuständigkeit	304
b) Die statthafte Klageart	304
c) Klagebefugnis	305
d) Erfolgloses außergerichtliches Vorverfahren	305
e) Feststellungsinteresse	305
f) Fortsetzungsfeststellungsinteresse	305
g) Ordnungsgemäße Klageerhebung	305
h) Klagefrist	306
2. Die Begründetheit	306
a) Richtiger Beklagter	306
b) Voraussetzungen der jeweiligen Klageart (§ 100 FGO)	306
3. Kosten des finanzgerichtlichen Verfahrens	306
4. Einstweiliger Rechtsschutz	306
5. Rechtsmittel	306
IV. Muster	307

Inhaltsverzeichnis

F. Strafverfahren mit Bezug zu §§ 7 ff. SGB IV	307
I. Einschlägige Strafvorschriften	307
1. Vorenthalten und Veruntreuen von Arbeitsentgelt gemäß § 266 StGB	307
a) Der Tatbestand des § 266a Abs. 1 StGB	308
b) Tathandlung	313
c) Der subjektive Tatbestand des § 266a StGB	314
d) Der Tatbestand des § 266a Abs. 2 StGB	315
e) Der Tatbestand des § 266a Abs. 3 StGB	316
f) Rechtswidrigkeit der Tat	317
g) Schuld	317
h) Täterschaft und Teilnahme	317
i) Tatbestandskonkurrenzen	317
j) Die Strafe	318
k) Die Selbstanzeige	320
l) Die Vermögensabschöpfung	321
m) Die Verjährung	322
n) Strafklageverbrauch	323
2. Strafbarkeit wegen Geldwäsche nach § 261 StGB	323
3. Strafbarkeit bei unrechtmäßigem Bezug von Kurzarbeitergeld	324
4. Strafbarkeit bei unzulässiger Freistellung von Arbeitnehmern	324
5. Strafbarkeit wegen Insolvenzstraftaten	325
6. Sonstige Straftaten	325
II. Die Verteidigung im Strafverfahren	325
1. Die Wahlverteidigung	326
2. Die Pflichtverteidigung	327
3. Akteneinsicht	327
III. Überblick zum Ablauf eines Strafverfahrens	327
1. Das Ermittlungsverfahren	328
a) Der Anfangsverdacht	328
b) Maßnahmen im Ermittlungsverfahren	328
c) Verfahrenseinstellung	330
d) Anklageerhebung	332
2. Das Zwischenverfahren	333
3. Das Hauptverfahren	333
a) Vorbereitung	333
b) Ablauf	333
c) Beweisanträge und -anregungen	335
d) Beweisverwertungsverbote	336
e) Verständigung	337
f) Verfahrenseinstellung	337
g) Verwarnung mit Strafvorbehalt	337
4. Das Rechtsmittelverfahren	337
5. Das Strafbefehlsverfahren	338
IV. Das Steuerstrafverfahren	339
1. Einschlägige Steuerstraftaten	339
a) Lohnsteuerhinterziehung	339
b) Umsatzsteuerhinterziehung	339
2. Die Selbstanzeige	340
3. Überblick über das Steuerstrafverfahren	340
4. Bußgeldverfahren mit Bezug zu §§ 7 ff. SGB IV	340
a) Einschlägige Bußgeldvorschriften	340
b) Überblick über das Bußgeldverfahren	341
G. Das Homeoffice im Arbeitsrecht	342
I. Einleitung – Rechtslage und Ausblick	342
II. Begriffe und Erscheinungsformen	344
1. Telearbeit	344
2. Mobile Arbeit und Homeoffice	344
3. Einordnung als Arbeitnehmer und Abgrenzung zur Heimarbeit	345

Inhaltsverzeichnis

III. Rechtsanspruch auf Arbeit im Homeoffice?	346
1. Gesetzlicher Anspruch oder Anspruch aus § 241 Abs. 2 BGB?	346
2. Rücksichtnahmepflicht (§ 242 Abs. 2 BGB)	347
3. Bundesgleichstellungsgesetz (§ 16 Abs. 1 S. 2 BGleig)	347
4. Anspruch behinderter Arbeitnehmer gem. § 164 Abs. 4 SGB IX	347
5. Kollektivverträge	348
6. Konkludente Vertragsänderung durch Gestattung	348
7. Gleichbehandlungsgrundsatz	348
IV. Anordnung von Homeoffice	349
V. Pflichten bei der Durchführung	350
1. Ausstattung und Kostentragung	350
2. Arbeits- und Gesundheitsschutz	351
3. Erweiterung des gesetzlichen Unfallversicherungsschutzes	353
4. Zugangsrechte	354
5. Die Arbeitnehmerhaftung im Homeoffice	354
VI. Beteiligung des Betriebsrats	355
VII. Datenschutz	356
VIII. Beendigung des Homeoffice	357


beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG

beck-shop.de
DIE FACHBUCHHANDLUNG